

# Zulauf für Linkspartei

## Liste will im Kreis antreten

**Hanau (rb).** Die Linkspartei wird bei der Kommunalwahl im März 2006 in mehreren Städten und Gemeinden und für den Kreistag antreten. Die Vorbereitungen laufen auf vollen Touren. „Wir haben sehr gute Leute. Es wird auf jeden Fall spannend“, so Ferdinand Hareter, ehemaliges SPD-Mitglied und Ex-DGB-Kreisvorsitzender, der die Linkspartei im Kreis aufbauen will und bei der Bundestagswahl kandidierte. Der 50-Jährige strebt kein Mandat an, auch nicht im Kreistag, wenngleich er danach immer wieder gefragt werde. Zu Jahresbeginn sollen die Kandidatenlisten für die einzelnen Kommunen erstellt werden. Die Spitzenleute für der Kreistag vermochte Hareter gestern noch nicht zu benennen. Interessant werden dürfte es in Hanau. Hier rekrutieren sich die möglichen Spitzenkandidaten aus bisherigen Stadtverordneten: Die bisherige SPD-Stadtverordnete Ulrike Hanstein und Jochen Dohn, der als Parteiloser Mitglied der Grünen-Fraktion war, haben ihre Mandate vor wenigen Tagen niederlegt. Ausschlaggebend sei keineswegs die Politik der Hanauer Grünen gewesen, sagte der 33-jährige Diplom-Sozialarbeiter Dohn gestern zum HA. „Es war eine gute Zeit. Es hat viel Spaß gemacht.“ Entscheidend für seinen Schwenk zur Linkspartei sein vielmehr die Politik der Grünen in Bund und Land. Die Ansätze von 1998 seien im wesentlichen geopfert worden. Die soziale Spaltung der Gesellschaft werde immer stärker. Ulrike Hanstein machte vor allem die Zergliederung von städtischen Betrieben und Privatisierungen für ihren Schritt aus der SPD-Fraktion verantwortlich. Weiterhin ist Ulrike Feistel von der Gruppe „attac“ als Kandidatin im Gespräch.

Daneben wird die Linkspartei die Kandidatur der „Wahlalternative Maintal“ unterstützen. Dort wird der DGB-Ortsvorsitzende Herbert Hept antreten, aber auch frühere CDU-Leute sind mit von der Partie.

In Neuberg will die Linkspartei laut Hareter unter anderem mit dem früheren DKP-Gemeindevorteiler Werner Funk ins Rennen gehen. Auch in Wächtersbach und Gelnhausen will die Gruppe im Januar Kandidatenlisten aufstellen. Der Partei gehe es darum, der vom Bund in die Wege geleiteten Politik kontra zu geben, da sie nicht im Interesse der Mehrheit der Menschen sei.